

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa., Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — **Postkassentkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13993. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Insertenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Um den Friedensvertrag.

Änderung der wirtschaftlichen Bedingungen des Versailler Vertrages?

Haag, 26. Mai. Nieuwe Courant meldet aus Paris, daß die finanziellen Sachverständigen der Schiedsvergütungskommission einen Bericht abgefaßt haben, in dem gesagt wird, daß die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages undurchführbar sind und daß der ganze Abschnitt des Versailler Abkommens, der sich auf die wirtschaftlichen Bestimmungen bezieht, umgeändert werden muß.

Wie dem französischen Militarismus in die Hände gearbeitet wird.

Berlin, 27. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Deutsche Tageszeitung meldet unter der Überschrift „Krupp unter französischer Kontrolle“, offiziell werde von französischer Seite erklärt: Bereits seit längerer Zeit habe man die Firma Krupp verhöhligt, Kriegsmunition herzustellen. Bei einer Untersuchung stellte es sich heraus, daß in der Tat 77-Millimeter-Geschosse hergestellt wurden. Der Direktor entschuldigte sich damit, daß es sich um die Ergänzung älterer im Rahmen des Friedensvertrages vorgesehenen Bestände handle. Es wurde beschlossen, die ganzen Ergebnisse zu veröffentlichen. Ferner werde eine strenge Aufsicht ausübt werden.

Die deutsche Regierung arbeitet dem französischen Militarismus und seiner Unterdrückungspolitik kräftig in die Hände — erst die unglückselige Note nach San Remo, die die Befassung eines Heeres von 200 000 Mann forderte, und jetzt die Affäre Krupp!

Frankreich und die Friedensverträge.

Paris, 27. Mai. (Havas.) Millerand hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Kammer freitagnachmittags die Interpellation über die Festsetzung der deutschen Entschädigung befragt. Er werde in der Kammer darüber Erklärungen abgeben und die Vertrauensfrage stellen hinsichtlich der Methode, die zu befolgen sei, um die Durchführung des Friedensvertrags zu sichern. Der Ministerpräsident ließ die Kammer auffordern, sich in einer allgemeinen Vertrauensstimmung dahin auszusprechen, daß ihm volle Bewegungsfreiheit gelassen und die nötige Vollmacht gegeben werde, um die schwebenden diplomatischen Verhandlungen mit den Alliierten sowie mit den deutschen Vertretern in Spa zu führen. — Die Kammer hat die Ratifikation des Friedensvertrags von St. Germain durch Handaufheben angenommen.

Der Zweck der Konferenz in Spa.

London, 25. Mai. (Reuters.) Die an die deutsche Regierung gerichtete alliierte Note, in der mit Rücksicht auf die deutschen Wahlen der Ausschub der Konferenz in Spa bis zum 21. Juni vorgeschlagen wird, hebt hervor, der Zweck der Konferenz sei, die Nichterfüllung feierlicher Verpflichtungen des Versailler Vertrags durch Deutschland zu erörtern und Abmachungen wegen der Sicherung der Durchführung des Vertrags in Zukunft zu treffen. Es sei deshalb von größter Wichtigkeit, daß die Konferenz nicht durch ein außerhalb ihrer liegendes Vorurteil abgelenkt oder verzögert werde.

Die Festsetzung der Schuldsumme.

Paris, 26. Mai. Ministerpräsident Millerand hat heute den Mitgliedern der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen bezüglich der englisch-französischen Verhandlungen über die Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme erklärt, der Wunsch der Alliierten, schon jetzt die deutsche Schuld festzusetzen, stehe fest; dafür trete jetzt nicht nur England, sondern auch Belgien ein. Diese Absicht sei übrigens schon im März amtlich und öffentlich durch die wirtschaftliche Denkschrift des Obersten Rates ausgesprochen worden.

Deutscher Protest gegen die Verstärkung der Besatzungstruppen.

Berlin, 26. Mai. Pariser Meldungen zufolge überreichte der deutsche Geschäftsträger dem Alliierten-Rat eine Note seiner Regierung, die gegen die fortgesetzte Erhöhung der Stärke der alliierten Besatzungstruppen im linksrheinischen Deutschland Einspruch erhebt, da Deutschland diese Belastung finanziell nicht ertragen könne. Dem Temps zufolge erhebt Frankreich für die 14tägige Besetzung des Maingaues Ersatzforderungen in Höhe von 29 1/2 Millionen Franc an Deutschland.

Der Mord an Paasche.

Berlin, 27. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit meldet zur Untersuchung im Falle Paasche: Nach den von amtlicher Seite vorliegenden Mitteilungen ist die Ursache zu der Erschießung des Kapitäns Paasche noch nicht restlos in allen Punkten aufgeklärt. Abgesehen von den Zivilisten, welche die Untersuchung eingeleitet haben, besteht sich nunmehr auch

das Reichswehrministerium mit der Angelegenheit, indem es von den britischen Kommandostellen eingehenden Bericht über den Vorfalle eingehend hat, soweit dieser für das Ressort des Ministeriums einen rein militärischen Charakter trägt.

Wir stehen all diesen Untersuchungen mit dem größten Mißtrauen gegenüber. Denn sie werden von Mitschuldigen, mindestens von Kameraden der Schuldigen, geführt!

Die Freikorps-Verschlebung.

Berlin, 27. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Verschlebung von Angehörigen des ehemaligen bayerischen Freikorps Epp, über die wir kürzlich an dieser Stelle berichteten, hat sich im vollen Umfang bewahrheitet. Wir erfahren dazu an zuständiger Stelle, daß die Leute in geschlossenen Formationen in Berlin vom Anhalter zum Stettiner Bahnhof transportiert worden sind. Niemand hat sie auf dem Wege angehalten, da man natürlich annahm, daß es sich um reguläre Reichswehrformationen handle. Der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung hat daraufhin an die Regierung das Ersuchen gerichtet, daß nunmehr eine sorgfältige militärische Bahnhofsüberwachung eingeführt werde, die derartige Uebergriffe unmöglich machen soll.

Die Haftentlassung Allians abgelehnt.

U. Halle, 27. Mai. Nachdem das Mandat zur preußischen Landesversammlung für den 30. Wahlkreis endgültig auf den Redakteur Allian in Halle übergegangen ist, Allian aber, der wegen der Gewalttaten aus den Tagen des Arbeiter- und Soldatenrats zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, sich in Haft befindet, hat sich dieser an den Justizminister gewandt mit dem Ersuchen um Haftentlassung zum Zweck der Ausübung seines Mandats. Der Erste Staatsanwalt am Landgericht Halle, dem das Gesuch auf dem Instanzenwege zugestellt wurde, hat die Haftentlassung Allians abgelehnt.

Von der Staatsanwaltschaft in Halle hat wohl niemand etwas anderes erwartet. Die Ablehnung entspricht ganz dem Geist in der „freiesten Republik der Welt“ üblichen Verfahren. Während man die Staatsrechtler und Hochverräter von rechts frei herumlaufen und entweichen läßt, wirft man die revolutionären Arbeiter und ihre Führer auf lange Jahre ins Gefängnis, wenn ihnen nicht noch schlimmeres passiert. Jetzt hat nun die preußische Landesversammlung zu entscheiden, ob sie ihrem Mitglied die Ausübung seines Mandats ermöglichen will. Wird dieses Parlament dem Willen des Volkes Rechnung tragen?

Wer bereitet Putsch vor?

Halle a. S., 27. Mai. Bürger, die in der Nähe einer Kaserne wohnen, sind von der Sicherheitswehr darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Gelände um die Kaserne herum am 4. und 5. Juni Operationsgebiet werden würde, weil an diesem Tage ein neuerlicher Putsch von links (!) inszeniert werden würde.

Ungarns Unterwerfung.

Berlin, 27. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das ungarische Kabinett hat die Friedensvertragsunterzeichnung endgültig beschlossen. Graf Apponyi, der bereit gewesen war, seinen Namen unter den Vertrag zu setzen, ist von den Mitgliedern seiner Delegation jetzt überstimmt und zum Nichttun gezwungen worden. Man würde am liebsten den in Paris weilenden Sekretär der Delegation, Iwan von Pragnowsky, unterzeichnen lassen. Man fürchtete aber, daß die Vertreter der Entente von Ungarn, wie sie es von Deutschland gefordert haben, verlangen werden, daß dem Range nach gleichgestellte Personen, also der Ministerpräsident oder zum mindesten der Minister des Aeußeren, Graf Teleky, zur Unterzeichnung einverstanden werden. Natürlich stellen auch die Vertreter der kleinen Staaten das gleiche Verlangen. Unter diesen Umständen kann noch vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages eine Personentafel im Kabinett Semov Semadaam eintreten. Eine Umbildung der Regierung nach der Unterzeichnung ist sicher, da noch im Juni die Nachwahlen in dem von Rumänien geräumten Gebiet vorgenommen werden sollen.

Neue Unruhen in Italien.

Mailand, 26. Mai. Der Corriere della Sera meldet von der Feier des 24. Mai aus Palermo den Zusammenstoß eines Studentenumzuges mit Arbeitern, bei dem ein Polizist getötet wurde, und aus Orsina einen Zusammenstoß der Volksmenge mit Karabinieri, bei dem es zwei Tote und drei Verwundete gab. Wie der Secolo berichtet, wurde gestern in Mailand ein sozialistischer Gemeinderat in einer Hauptstraße durch einen Schuß getötet. Man vermutet einen politischen Anschlag.

Der Bohn des Verfassungsbruches.

Die Nationalversammlung hat ihr schmachliches Wirken am Tage ihres Ablebens mit dem Verfassungsbruch gekrönt. Die Rechtssozialisten haben dabei mitgeholfen, sie haben die Aufhebung des Belagerungszustandes verhindert, tragen die Mitschuld daran, daß die Wahlfreiheit in vielen Teilen Deutschlands für die Linksparteien nur eine verlogene Frage ist. Sie taten es, um die famose Koalitionsregierung Müller-Gehler vor dem Straucheln zu bewahren.

Ueber diese Regierung erzählte der Vorwärts, das Zentralorgan der Rechtssozialisten, dieser Tage allerlei Erbauendes. Er denunzierte die Verschwörungspäne der Kapistiken, schrieb, daß die deutsche Republik in großer Gefahr sei, und kam dann mit dem melancholischen Eingeständnis, daß die Regierung zwar von diesen Plänen wisse, daß sie aber nicht imstande sei, die Wuttschisten zu packen und grünilich auszurauchern, da ihre Befehle von ihren eigenen Organen nicht ausgeführt, sondern ins Gegenteil verkehrt würden. In den höchsten Regierungsstellen, im Reichswehrministerium und im Reichsministerium des Innern, ständen die Kräfte, die an dem Gelpinst wirken helfen, in dem die deutsche Republik erdroffelt werden soll, ständen die hohen Beamten, die Geheim- und Ministerialräte, die ihre Kenntnisse der Regierungsmaßnahmen benutzen, um die Schläge, die gegen die Verschwörer geführt werden sollen, aufzufangen und unwirksam zu machen.

Der Vorwärts nannte Namen, den Unterstaatssekretär Bewald und den Geheimrat Jacoby. Der Vorwärts ist das Blatt, das dem Reichskanzler Müller parteipolitisch am nächsten steht. Sein Artikel wirkt wie der angstvolle Hilferuf der Vertreter der Rechtssozialisten in der Regierung, wie eine Flucht in die Öffentlichkeit, wie ein Appell an das Volk gegen Hemmnisse in der Regierung, mit denen Herr Müller im Dunkel der Amtsstuben nicht fertig zu werden vermag. Normalerweise hätte diesem Artikel eine Tat folgen müssen: Der Hinauswurf der beschuldigten Beamten, zum mindesten ihre sofortige Suspendierung vom Dienste. Oder, wenn auch die öffentliche Ausbedung der Gefahr die bürgerlichen Verbündeten nicht zu solcher Energie bringen konnte, der Bruch in der Regierung. Ein klares Entweder-Oder, das die Demokraten und Zentrumsleute vor die Entscheidung gestellt hätte!

Nichts von dem ist eingetreten. Die rechtssozialistischen Minister amtieren weiter, als sei nichts geschehen, und die Bewald, Jacoby und Konsorten können in ihren einflussreichen Stellungen ruhig weiter an der Unterminierung der Republik arbeiten. Dabei hatte selbst das Regierungsorgan, die Deutsche Allgemeine Zeitung, die Darstellung des Vorwärts bestätigen müssen!

Die Rechtssozialisten geben sich demnach als Dedung für einen Zustand her, der nicht bloß für die Republik höchst gefährlich, sondern für die Parteien, die ihn deden, auch höchst jämmerlich und kompromittierend ist. Sie bringen nicht einmal mehr die Entschlußkraft auf, diesem unwürdigen, demoralisierenden Zustand so oder so ein Ende zu machen. Sie sind so völlig Gefangene der Koalition, daß sie sie auch im Sumpfe nicht verlassen.

Ueber die Entwicklung zu solchen Jammerzuständen kann sich niemand wundern, der da gesehen hat, wie die Regierung Müller-Gehler nach allerlei freigegebenen Verpflichtungen an die Organisationen der Arbeiterschaft und der Angestellten, die ihr den Eingang in Berlin und das Besteigen der Ministerseffel durch ihren Kampf gegen den Kapp-Staatsstreich möglich gemacht hatten, sofort mit der zwar noch nicht offen zugegebenen, aber doch zäh praktizierten Verleugnung aller dieser Verpflichtungen ihre Tätigkeit begann. Aus der energischen Verfolgung der Kappverbrecher, aus der gründlichen Säuberung der Reichswehr, aus der Auflösung der Freikorps, der Zeitfreiwilligen-Regimenter, der gegenrevolutionär gestimmten Einwohnerwehren, wurde ebensowenig wie aus der Schaffung einer zuverlässigen Schutztruppe der Republik, durch die Umbildung der Ortswehren vermittels Beschränkung auf die Angehörigen der republikanischen Parteien, namentlich der Arbeiter. Vereinzelt Anläufe zur Energie sind bald ermattet, mit hilfloser Miene sieht die Regierung zu, nachdem sie die Gelegenheit zu gründlichem Vorgehen dank ihrer Furcht vor der bewaffneten Arbeiterschaft rettungslos verpaßt hat, wie die Reichswehr, von republikanisch gestimmten verfassungstreuen Leuten „gereinigt“ wird, wie Herr von Seeck die bewaffnete Macht von Tag zu Tag mehr zu einem verlässlichen Organ der Gegenrevolution macht. Ueber die „republikanische Brigade“, die der General Reinhardt in Döberitz bildet, erzählt Harden im neuesten Heft der Zukunft, daß sie entweder „wie fast jede, leidenschaftlich monarchistisch oder, in viel unwahrscheinlicherem Falle, der Gegenrevolution nicht eine Minute lang gefährlich ist; denn: Ausgeschlossen, daß Truppe auf Truppe